

Das Machtkarussell in Nepal dreht sich weiter

Der König holt Deuba aus der politischen Verbannung zurück

Thomas Döhne und Karl-Heinz Krämer

Nepal hat sicher in den letzten Jahren unter dem Eindruck von Bürgerkrieg, Gewalt und einer schlimmen Menschenrechtsbilanz etwas von seinem großartigen Charme verloren. Dennoch: Land und Leute sind stets für Überraschungen gut. Das gilt auch und gerade für die Politik, wie die Anfang Juni durch König Gyanendra erfolgte Ernennung Sher Bahadur Deubas zum Ministerpräsidenten von Nepal beweist. Ausgerechnet Deuba, den der König am 4. Oktober 2002 auf verfassungsrechtlich umstrittene Weise aus dem Amt entlassen hatte. Wie kam es dazu?

Nach der vorzeitigen Beendigung der Friedensgespräche am 27. August 2003 ist der Konflikt erneut eskaliert. Die Gewalt nahm seither rapide zu und die allgemeine Situation wurde noch unberechenbarer als zuvor. Bis heute vergeht kaum ein Tag, an dem nicht neue Meldungen über Streiks, Proteste, Entführungen, politische Morde, Bombenanschläge oder Gefechte zwischen der königstreuen Armee und maoistischen Rebellen für Schlagzeilen sorgen. Die inzwischen aufgelöste Regierung unter Ministerpräsident Thapa mußte sich dabei nicht nur mit den maoistischen Rebellen sondern auch mit einem immer breiter werdenden Aktionsbündnis gegen die als „Regression“ bezeichnete faktischen Übernahme der Exekutivgewalt durch König Gyanendra auseinandersetzen.

Regierung Thapa scheitert an fehlender Legitimierung

Politische Analysten hatten schon seit geraumer Zeit darüber spekuliert, wie lange sich die Regierung unter Ministerpräsident Surya Bahadur Thapa wohl im Amt halten würde. Von Anfang an war die demokratische Legitimierung dieser „Regierung von Königs Gnaden“ stark umstritten. Thapa, ein königstreuer und national-konservativer Repräsentant der notorisch undemokratischen *Panchayat*-Ära, galt vielen als eine Marionette König Gyanendras, nicht jedoch als Ministerpräsident, der das Land aus der Krise hätte führen können. Nach dem Scheitern der Friedensgespräche und dem Wiederaufblühen der Kämpfe sah er sich zunehmend auch innerparteilicher Kritik aus den Reihen der eigenen *National Democracy Party* (RPP) ausgesetzt. Am 8. Mai diesen Jahres, nach nur elfmonatiger Amtszeit, war es dann soweit: Regierungschef Thapa erklärte seinen Rücktritt. Das ei-

nem Schleudersitz ähnelnde Staatsamt blieb über drei Wochen vakant, bis König Gyanendra am 2. Juni 2004 erneut einen Ministerpräsidenten der eigenen Wahl ernannte - ausgerechnet den von ihm wegen Unfähigkeit gefeuerten Deuba.

Totalschaden für die Verfassung

Wie ist die erneute Berufung Deubas in das höchste Staatsamt zu bewerten? Zum einen könnte sie wohlwollend als ein königliches Eingeständnis interpretiert werden, daß die Entscheidung vom Oktober 2002 falsch war. Demnach hätte König Gyanendra mit der Wiedereinsetzung einen ersten Schritt zur Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse unternommen. Selbst wenn dies erst spät nach monatelangen Straßenprotesten und auf zunehmenden Druck internationaler Geberstaaten sowie nationaler und inter-

nationaler Menschenrechtsorganisationen geschah, die immer stärker Kritik an der Außerkraftsetzung rechtstaatlicher Normen und der eklatanten Mißachtung von Menschenrechten übten, könnte dies als ein erster Schritt zur Lösung der anhaltenden Staatskrise angesehen werden.

Eine solche Argumentationslinie läßt jedoch außer Betracht, daß es eigentlich schon keine konstitutionelle Grundlage für eine Wiedereinsetzung Deubas mehr gibt, da die Verfassung von 1990 durch die königliche Übernahme der exekutiven Staatsgewalt am 4. Oktober 2002 einen Totalschaden erlitten hat. Auch läßt sich kein Parlament mehr einberufen, das der neuen Deuba-Regierung Legitimität verleihen könnte. Die Wahlperiode des alten Parlaments ist inzwischen zu Ende gegangen, bereits im Mai 2004 hätte laut Verfassung ein neues Parlament gewählt werden müssen. Bleibt einzig der erneute Rückgriff auf Artikel 127 der noch gültigen Verfassung von 1990. Hier könnte man argumentieren, der König habe von seinem darin festgeschriebenen Sonderrecht der „Beseitigung von Schwierigkeiten“ Gebrauch gemacht, um das Land wieder auf demokratischen Kurs zu bringen und dem Volk seine Souveränität zurückzugeben. Eine solche Begründung ist ebenfalls nicht unproblematisch, denn sie impliziert das Eingeständnis, die zu beseitigenden Schwierigkeiten wären durch die königliche Maßnahme der Regierungsentlassung vom 4. Oktober 2002 verursacht worden.

Im Vorfeld zur Wiedereinsetzung Deubas hatte König Gyanendra die protestierenden Parteien aus dem demokratischen Lager aufgefordert, ihm die Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten vorzuschlagen. Für diese Person hätte sich jedoch in gleicher Weise das Problem mangelnder Legitimierung durch den eigentlichen Souverän, das nepalische Volk, gestellt. Da zudem sämtliche Parteien im Laufe ihrer wechselnden Regierungsbeteiligung in den vergangenen 14 Jahren seit der Wiedereinführung der Demokratie sehr viel Kredit verspielt haben, können erst landesweite Neuwahlen ein authentisches Bild der politischen Kräfteverhältnisse im Land liefern. Solche Neuwahlen sind jedoch unter den Bedingungen der anhaltenden Kriegssituation und ohne eine Einbindung und

Beteiligung der CPN (*Maoist*) am demokratischen Prozeß nicht durchführbar.

Deuba - kein unbeschriebenes Blatt

Die Wiedereinsetzung Deubas allein ist noch keine Garantie für eine Rückkehr zur politischen Stabilität als Voraussetzung für eine nachhaltige Lösung der tiefen Staatskrise. Immerhin ist die Macht wieder in den Händen des Mannes, dem sie auf verfassungsrechtlich bedenkliche Weise weggenommen worden war. Doch auch für Deuba, der bereits zum dritten Mal das höchste Staatsamt innehat, gilt, was für die politische Elite im Land generell zu gelten scheint: Er trägt eine Mitschuld an der Schwäche und Fehlentwicklung demokratischer Verfahren und Prozesse seit 1990.

Zur Erinnerung: Deuba war derjenige Ministerpräsident, der die Forderungen der Maoisten im Januar 1996 mißachtete und ihnen damit Anlaß gab, ihren „Volkskrieg“ auszurufen. Später, im Jahre 2001, war es erneut eine von ihm geführte Regierung, die es nicht schaffte, den Dialog mit den Maoisten aufrecht zu halten und zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Deuba rief im November 2001 den Notstand aus und mobilisierte die Armee im Kampf gegen die Rebellen, was zu einem beträchtlichen Anstieg der Todeszahlen auch und gerade bei der Zivilbevölkerung führte. Er war derjenige Ministerpräsident, der die Sondergesetze zur Terroristenbekämpfung mit Namen „*Terrorist and De-*



Comeback von Königs Gnaden:
Expremier Deuba ist wieder Regie-
rungschef (Foto: Archiv)

structive Activities (Control and Punishment) Act (TADA)“ einführte, die einen unrühmlichen Anstieg von Menschenrechtsverletzungen seitens der Sicherheitskräfte und weitgehende Straflosigkeit nach sich zogen.

Deuba war auch der Ministerpräsident, der den König aufforderte, das Parlament aufzulösen, als er sich selbst in Gefahr sah, durch Abwahl sein Amt zu verlieren. Er war schließlich derjenige, der die demokratisch gewählten lokalen Körperschaften auf Dorf- und Distriktebene auflösen und durch Staatsangestellte ersetzen ließ.

Tanz auf dem Vulkan

Angesichts dieser Ausgangslage bleibt abzuwarten, wie sich die Wiedereinsetzung Deubas auf die konfliktive politische Gemengelage im Land auswirken wird. Während ein Teil der bis vor kurzem noch in der Anti-Regressionenkampagne zusammengeschlossenen Parteien Deuba ihre Unterstützung in Aussicht gestellt haben - vermutlich gegen eine entsprechende Beteiligung an der Macht und das Zugeständnis einiger Regierungsposten - hat sich der mächtige Präsident der *Nepali Congress*-Partei (NCP), Girija Prasad Koirala, vorsorglich von einer möglichen Zusammenarbeit mit der Regierung seines abtrünnigen Erzrivalen distanziert (Deuba war auf Betreiben von Koirala aus der NCP ausgeschlossen worden und hatte in der Folgezeit eine eigene Partei mit Namen NCP (*democratic*) gegründet. Maoistenführer Prachanda hat Deubas Wiederernennung inzwischen in einer öffentlichen Stellungnahme als „reaktionäre Verschwörung“ bezeichnet. Kein gutes Omen für mehr Stabilität im Land. Viel wird von Deuba selbst abhängen, seinem politischen Geschick und davon, ob er Restbestände von Glaubwürdigkeit der politischen Kultur in Nepal mobilisieren kann. Das ist alles andere als eine leichte Aufgabe - eher ein Tanz auf dem Vulkan. D

(Stand: 08. Juni 2004)